

Landeschronik von Appenzell Ausserrhoden für das Jahr 2015

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Appenzellische Jahrbücher**

Band (Jahr): **143 (2016)**

PDF erstellt am: **30.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Landeschronik von Appenzell Ausserrhoden für das Jahr 2015

JÜRIG BÜHLER, HERISAU

Das politische Leben in Appenzell Ausserrhoden stand im Jahre 2015 ganz im Zeichen verschiedener Wahlen und der durch die Verkleinerung der Regierung von sieben auf fünf Mitglieder bedingten Neuorganisation der kantonalen Verwaltung. Nachdem FDP-Ständerat Hans Altherr seinen Rücktritt aus der kleinen Kammer erklärt hatte, meldete schon kurz darauf der FDP-Nationalrat Andrea Caroni sein Interesse für den Ständeratssitz an. Er wurde von seiner Partei nominiert, blieb einziger Kandidat und wurde am 18. Oktober auch glanzvoll gewählt. Für den damit frei werdenden Sitz im Nationalrat kandidierten Markus Bänziger von der FDP, David Zuberbühler von der SVP und Jens Weber von der SP. Das Rennen machte etwas überraschend SVP-Mann David Zuberbühler mit einem Vorsprung von 445 Stimmen auf Markus Bänziger und 1336 auf Jens Weber. So gross die Freude bei der SVP, so gross die Enttäuschung bei der FDP. Eine Enttäuschung musste die FDP auch bei den Regierungsratswahlen hinnehmen. Nach den Rücktritten der drei freisinnigen Regierungsmitglieder Jakob Brunnschweiler, Rolf Degen und Jürg Wernli (Abb. 1) und der Verkleinerung der Regierung auf fünf Mitglieder war ein Sitz neu zu besetzen. Gewählt wurde mit einem Vorsprung von fast 3000 Stimmen der parteiunabhängige Alfred Stricker von Stein. Monica Sittaro von der FDP und Nobert Näf von der CVP mussten sich deutlich geschlagen geben. – Die Anstrengungen für ein Bevölkerungswachstum im Kanton scheinen erste Früchte zu tragen, ist die Wohnbevölkerung im Berichtsjahr doch um 428 auf 54302 Einwohnerinnen und Einwohner gewachsen. Am grössten war das Wachstum in den drei grossen Gemeinden Herisau, Teufen und Heiden, leichte Verluste mussten Urnäsch, Schwellbrunn und Waldstatt hinnehmen. – Noch etwas Erfreuliches: Appenzell Ausserrho-

den ist für das Regierungsprogramm 2012–2015 mit dem Award der Schweizerischen Vereinigung für Standortmarketing ausgezeichnet worden. Der Preis wird seit neun Jahren vergeben und belohnt ausserordentliche Leistungen im Bereich des Standortmarketings und der Wirtschaftsförderung. Gelobt wurde die Fokussierung auf die beiden Projekte «Arealentwicklung» und «Bauen & Wohnen» (Abb. 2).

Eidgenössische Abstimmungen

Auf eidgenössischer Ebene hatten die Stimmberechtigten 2015 über insgesamt sechs eidgenössische Sachvorlagen, darunter vier Volksinitiativen, zu entscheiden. Im Herbst folgten auf gesamtschweizerischer Ebene die National- und Ständeratswahlen. Bei zwei der sechs Sachvorlagen deckte sich der Abstimmungsausgang in Appenzell Ausserrhoden nicht mit dem gesamtschweizerischen Resultat.

8. März	Ja	Nein
Initiative Steuerfreie		
Kinder- und Ausbildungszulagen	3731	14600
Initiative Energiesteuer statt Mehrwertsteuer	1463	16877

Wie in Ausserrhoden wurden die beiden Volksinitiativen auch auf gesamtschweizerischer Ebene wuchtig verworfen.

14. Juni	Ja	Nein
Gesetz über die		
Präimplantationsdiagnostik	8521	8987
Initiative zur Harmonisierung der Stipendien	3711	13738
Initiative für nationale Erbschaftssteuer	5002	12755
Revision des Radio- und Fernsehgesetzes	7490	10148

Im Gegensatz zum Abstimmungsausgang auf eidgenössischer Ebene wurden in Ausserrhoden das Präimplantationsgesetz und das revidierte Radio- und Fernsehgesetz abgelehnt.

Bei den beiden anderen Sachvorlagen deckte sich der schweizweite Abstimmungsausgang mit dem Resultat in Ausserrhoden.

Eidgenössische Wahlen

Die National- und Ständeratswahlen in Appenzell Ausserrhoden am 18. Oktober standen ganz im Zeichen der Wahlen in die grosse Kammer. Nach dem Rücktritt von Ständerat Hans Altherr (Abb. 3) hatte die FDP den vor vier Jahren gewählten Nationalrat Andrea Caroni (Abb. 4) als Kandidaten für den einzigen Ausserrhoder Sitz im Ständerat nominiert. Er blieb einziger Kandidat und wurde mit einem sehr guten Resultat gewählt. Um den dadurch freiwerdenden Sitz im Nationalrat bewarben sich der freisinnige Markus Bänziger, Teufen, Jens Weber, Trogen, von der SP, und der Herisauer SVP-Mann David Zuberbühler. Die drei lieferten sich einen engagierten Wahlkampf. Am Schluss obsiegte David Zuberbühler (Abb. 5) vor Markus Bänziger und Jens Weber. Überraschend war die hohe Stimmenzahl von Jens Weber. Das gute Abschneiden des SP-Kandidaten war wohl ausschlaggebend dafür, dass die FDP ihren traditionellen Sitz im Nationalrat an die SVP verlor. Der Enttäuschung der FDP stand am Wahlsonntag die grosse Freude der SVP gegenüber. Die Stimmbeteiligung lag bei 44,7 Prozent für den Ständerat bzw. bei 47,1 Prozent bei der Nationalratswahl.

Ständeratswahlen

Andrea Caroni, FDP, Herisau	12 308
Vereinzelte	2 613

Nationalratswahlen

David Zuberbühler, SVP, Herisau	6 394
Markus Bänziger, FDP, Teufen	5 949
Jens Weber, SP, Trogen	5 058

Kantonale Wahlen

Das Jahr 2015 war ein Wahljahr. Am 8. März standen die kantonalen Wahlen in den Regierungsrat, ins Landammannamt sowie ins Obergericht im Zentrum. Gut einen Monat später, am 12. April, folgten die Gesamterneuerungswahlen auf Kantons- und Gemeindeebene.

Nach den altersbedingten Rücktritten der freisinnigen Regierungsräte Jakob Brunnschweiler, Teufen, Rolf Degen, Rehetobel, und Jürg Wernli, Herisau, und der Verkleinerung der Regierung von sieben auf fünf Personen, war ein neues Regierungsmitglied zu wählen. Die verbleibenden vier Regierungsmitglieder Marianne Koller-Bohl, FDP, Teufen, Matthias Weishaupt, SP, Teufen, Köbi Frei, SVP, Heiden, und Paul Signer, FDP, Herisau, stellten sich zur Wiederwahl. Für den freien Sitz im Regierungsrat kandidierten der parteiunabhängige Alfred Stricker, Stein, die freisinnige Monica Sittaro, Teufen, und der CVP-Mann Norbert Näf, Heiden. Für das turnusgemäss neu zu besetzende Landammannamt war der SP-Regierungsrat Matthias Weishaupt einziger Kandidat. Das Rennen machte nach einem spannenden Wahlkampf Alfred Stricker (Abb. 6) mit deutlichem Vorsprung auf Monica Sittaro und Norbert Näf. Die sich zur Wiederwahl stellenden Regierungsmitglieder wurden mit guten Resultaten bestätigt. Damit verfügt die FDP in der fünfköpfigen Regierung jetzt über zwei Sitze, die SVP und SP behalten ihren einen Sitz, ein Sitz geht an die Parteiunabhängigen. Historisch ist die Wahl von Matthias Weishaupt, der als erster Sozialdemokrat zum Landammann gewählt worden ist. Die Stimmbeteiligung lag bei rund 43 Prozent.

Landammann (absolutes Mehr 7236)

Matthias Weishaupt, SP	11 129
------------------------	--------

Regierungsrat (absolutes Mehr 7445)

Paul Signer, FDP	14 762
Marianne Koller-Bohl, FDP	13 435
Matthias Weishaupt, SP	13 283
Köbi Frei, SVP	9 995
Alfred Stricker, pu (neu)	9 316

Nicht gewählt

Monica Sittaro, FDP	6 466
Norbert Näf, CVP	6 284

Bei den Wahlen ins Obergericht wurden die 16 sich einer Wiederwahl stellenden Oberrichterinnen und Oberrichter bestätigt. Mit rund 13 800 Stimmen neu ins Obergericht gewählt wurden die von der SVP vorgeschlagene

Michèle Gasser Aebischer und der von der SP portierte Florian Windisch. Lediglich 31 Stimmen vereinigte Tim Walker auf sich; er war vom Grünen Appenzellerland vorgeschlagen worden. Wieder gewählt wurden auch Obergerichtspräsident Ernst Zingg und der Vizepräsident Walter Kobler.

Am 12. April standen Gesamterneuerungswahlen für die Legislaturperiode 2015–2019 in den Kantonsrat an. Die FDP konnte als grösste Fraktion ihre 24 Sitze im kantonalen Parlament halten, die Parteiunabhängigen verfügen noch über 18 Sitze, drei weniger als nach der letzten Wahl. Die SVP gewann zwei Sitze und stellt neu zwölf Ratsmitglieder. Die SP gewann ein Mandat dazu und stellt jetzt sechs Ratsmitglieder; die CVP mit vier Sitzen und die EVP mit einem Sitz konnten ihren Besitzstand wahren.

Neukonstituierung der Regierung

Mit dem Inkrafttreten der Teilrevision der Kantonsverfassung am 1. Juni 2015 besteht der Ausserrhoder Regierungsrat nicht mehr aus sieben, sondern nur noch aus fünf Mitgliedern: vier bisherige und der neu gewählte Regierungsrat Alfred Stricker (Abb. 7). Neuer Landammann ist der ebenfalls neugewählte Matthias Weishaupt (Abb. 8). Damit ist eine über 150-jährige Ära zu Ende gegangen. Seit 1859 tagte der Regierungsrat in einer Besetzung mit sieben Mitgliedern. Die Neuorganisation der kantonalen Verwaltung mit nicht mehr sieben, sondern fünf Departementen erfolgt auf den 1. Januar 2016. Somit sind die fünf Regierungsmitglieder in der Übergangsphase bis Ende Jahr noch für sieben Departemente zuständig. Ab dem 1. Januar 2016 gilt folgende Departementsverteilung. Departement Finanzen: Regierungsrat Köbi Frei; Departement Bildung und Kultur: Regierungsrat Alfred Stricker; Departement Gesundheit und Soziales: Landammann Matthias Weishaupt; Departement Bau und Volkswirtschaft: Regierungsrätin Marianne Koller-Bohl; Departement Inneres und Sicherheit: Regierungsrat Paul Signer. Zur Landammann-Stellvertreterin hat der Regierungsrat Marianne Koller-Bohl gewählt.

Kantonsrat

Der Kantonsrat hat sich 2015 zu sieben Sitzungen getroffen. Die Arbeitsbelastung des Parlaments lag mit insgesamt 59 behandelten Geschäften im Rahmen der letzten Jahre. Die gesetzgeberische Arbeit beschäftigte den Rat wiederum stark. So musste im Rahmen der Reform der Staatsleitung das Organisationsgesetz teilrevidiert werden, und die Vorlage über die Besoldung der neu fünf Regierungsmitglieder wurde verabschiedet. Gutgeheissen wurde die Totalrevision des Hundegesetzes und in Angriff genommen die Totalrevision des Tourismusgesetzes.

An der Sitzung vom 23. Februar genehmigte der Kantonsrat in erster Lesung die Teilrevision zum Organisationsgesetz. Die Anpassung war nötig geworden, weil die Regierung von sieben auf fünf Mitglieder reduziert und aus dem bisherigen Hauptamt ein Vollamt wurde. In der Diskussion wurde ein Antrag der Parlamentarischen Kommission abgelehnt, im Gesetz sei festzuhalten, dass bei der Zuteilung der Departemente die Mitglieder gemäss ihres Dienstalters Wünsche äussern können. – Im Zusammenhang mit der Reduktion der Zahl der Regierungsmitglieder auf fünf befasste sich der Rat auch mit der Lohnverordnung für den Regierungsrat. Zu reden gab in der zweiten Lesung weniger die Besoldung, sondern viel mehr die Austrittsentschädigung. Die Finanzkommission schlug vor, dass Regierungsräte nach ihrem Rücktritt während zwölf Monaten ihr Gehalt weitererhalten sollten. In der Debatte setzte sich die FDP-Fraktion durch, wonach ein Regierungsmitglied nach dem Rücktritt noch während 18 Monaten Anspruch auf eine Austrittsentschädigung hat, welche der zuletzt bezahlten Entlohnung entspricht; jedoch nur bis zur Erreichung des ordentlichen Rentenalters. Der Jahreslohn für die Regierungsmitglieder wurde auf 230 000 Franken festgelegt.

Bei der Beratung des totalrevidierten Hundegesetzes an der Kantonsratssitzung am 23. März gab die Leinenpflicht zu Diskussionen Anlass. Dabei machte der Rat rechtsumkehrt: Er hat in der zweiten Lesung den Leinenzwang

auf Weiden, auf denen sich Nutztiere befinden, zwar belassen. Dafür wurde die Leinenpflicht an Strassen und im Wald aus dem Gesetz gekippt. Anlässlich der ersten Lesung hatte das Kantonsparlament dem Wildschutz den Vorzug gegeben. Im Verlaufe der zweiten Lesung hob der Rat mit dem Stimmenverhältnis von 39 zu 15 Stimmen diese Leinenpflicht wieder auf. In der Volksdiskussion war zuvor ein wohl organisierter Sturm der Entrüstung von Hundehaltern und Tierschützern losgebrochen. Der Rat strich auch die Pflicht zur Leine entlang verkehrsreicher Strassen. Ein Muss ist die Leine nur noch beim Fehlen anderer wirksamer Kontrollmöglichkeiten, auf Schulanlagen, Spiel- und Sportplätzen, in Parks, auf Weiden mit Nutztvieh, in öffentlichen Gebäuden und Verkehrsmitteln, auf Bahnhöfen und auf behördliche Anordnung im Einzelfall. Das Gesetz unterstand dem fakultativen Referendum, dieses wurde nicht ergriffen, womit eine Volksabstimmung entfällt. – Wieder einmal war die frühere Ausserrhoder Kantonalbank Thema. Nachdem vor Jahresfrist ein von der SP-Fraktion eingereichtes Postulat zur Überführung des Kantonalbankarchivs ins Ausserrhoder Staatsarchiv als erheblich erklärt worden war, gab Frau Landammann Marianne Koller-Bohl dem Rat Einblick in den Stand der Dinge: Die Regierung hat die Verantwortlichen der UBS erneut kontaktiert und erwartet, dass über kurz oder lang das gesamte ARKB-Archiv ins Staatsarchiv überführt wird.

Ein Jahr nach der Debatte um die überhöhten Verwaltungsratshonorare beim Ausserrhoder Spitalverbund beschäftigte sich der Kantonsrat an seiner Sitzung vom *11. Mai* mit deren Aufarbeitung. Die Staatswirtschaftliche Kommission (StwK) hatte die Affäre ins Zentrum ihres Berichts gestellt. Unter öffentlichem Druck hätten die Verwaltungsratsmitglieder des Spitalverbunds einen Teil der Honorare freiwillig zurückbezahlt, schreibt die Kommission. Doch zufrieden ist die StwK damit noch nicht. Ungeklärt seien die Anforderungen an die Corporate Governance bei Mehrheitsbeteiligungen an Aktiengesellschaften oder öffent-

lich-rechtlichen Anstalten. Frau Landammann Marianne Koller-Bohl sagte, dass die Regierung an einer Strategie arbeite. – Der Ausserrhoder Kantonsrat sagte in zweiter Lesung einstimmig Ja zur Teilrevision des Organisationsgesetzes. Die Anpassung ist nötig, weil die Regierung von sieben auf fünf Mitglieder reduziert wird und weil aus dem bisherigen Hauptamt ein Vollamt wird. Gemäss Gesetz gibt ein Register künftig Auskunft über Beteiligungen der Regierungsmitglieder an Unternehmungen des privaten Rechts, wenn diese mindestens 30 Prozent des Kapitals oder Stimmrechts betragen. – Bei der Behandlung der Staatsrechnung 2015 zeigte sich generell eine grosse Unzufriedenheit mit den steigenden Gesundheitskosten. Für die Finanzkommission haben die Abweichungen vom Budget eine nicht mehr tolerierbare Grössenordnung erreicht. Finanzdirektor Köbi Frei warnte vor Hektik. Das eingeleitete Entlastungsprogramm zeigt aus Sicht der SVP erste positive Resultate. Ausserrhoden sei aus finanzieller Sicht noch nicht über den Berg, hiess es von Seiten der CVP/EVP-Fraktion, und für die FDP zeigt die Staatsrechnung, dass die Steuererträge bei den natürlichen Personen nicht in den Himmel wachsen. – Der Baukredit für die Erweiterung des Konviktgebäudes an der Kantonsschule Trogen wurde mit wenigen Gegenstimmen genehmigt. Damit ist der Weg frei für den Ausbau und die Erneuerung von drei Obergeschossen.

Traditionell standen in der Kantonsratssitzung vom *15. Juni* zu Beginn des Amtsjahres die Wahlgeschäfte im Vordergrund. Die 62-jährige Ursula Rütsche-Fässler (CVP, Herisau) ist neue höchste Ausserrhoderin (Abb. 9). Der Kantonsrat wählte sie einstimmig zur Nachfolgerin von René Rohner. Erster Vizepräsident ist Peter Gut, Walzenhausen, von den Parteionabhängigen. Zum zweiten Vizepräsidenten wählte das Parlament den freisinnigen Dölf Biasotto, Urnäsch. An der ersten Sitzung des Amtsjahrs 2015/2016 wurden 21 neue Ratsmitglieder vereidigt, damit ist ein Drittel des Parlaments erneuert. – Die auf fünf Sitze verkleinerte Ausserrhoder Regierung erlebt im Rat eine doppelte Premi-



1



2

ere: Zum ersten Mal überhaupt stellt die FDP nicht mehr die Mehrheit in der Exekutive, und Matthias Weishaupt ist der erste sozialdemokratische Landammann (Abb. 10). – Die Sach- und Terminplanung 2012–2016 war anschliessend das einzige Geschäft, das für einige Diskussionen sorgte. Die Fraktionen kritisierten die teilweise fehlende Terminierung von Projekten und forderten eine Planung, die weiter in die Zukunft reiche. Landammann Matthias Weishaupt verwies auf den laufenden Umbau der Departemente.

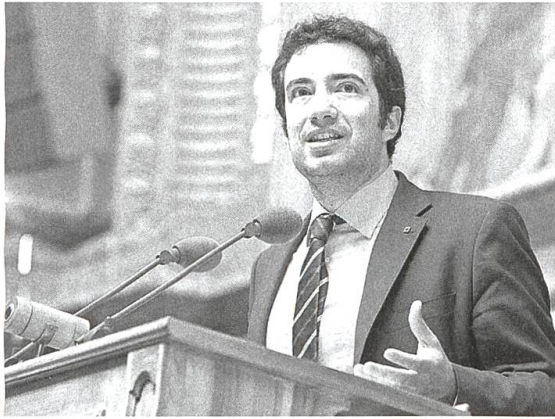
Der regierungsrätliche Bericht zur Zukunft bzw. über die Reorganisation der Oberstufe in Ausserrhoden prägte die Sitzung des Kantonsrats vom 21. September. Der Regierungsrat sieht in seinem Bericht keinen kurzfristigen Handlungsbedarf und schlägt auch keine konkreten Schritte vor. Bereits im Jahre 2009 hatte die Regierung einen Reformvorschlag präsentiert. Dieser sah vor, die Zahl der Oberstufenzentren von zwölf auf fünf bis acht zu reduzieren. Die Reform scheiterte damals am Widerstand der Gemeinden und Schulbehörden. Im Jahre 2014 forderte die SP-Fraktion mit einem Postulat, dass der Regierungsrat eine Reorganisation der Sekundarstufe I nochmals überprüfen sollte. Die Gemeinden müssten in die Entscheidungsfindung miteinbezogen werden, sagte Bildungsdirektor Alfred Stricker. Die Schülerzahlen auf Sekundarstufe gehen zurück. Die Reaktionen im Parlament auf den Bericht waren sehr kontrovers. Die FDP-Sprecherin lobte die Auslegeordnung mit konkreten Antworten. Aus dem Bericht seien weder Ziele noch ein Fahr-

plan ersichtlich, hiess es von CVP und EVP. – Eingehend befasste sich der Kantonsrat mit dem Regierungsprogramm 2016–2019. Es ist keine Bündelung von Einzelmassnahmen mehr, sondern ein übergeordnetes Führungsinstrument. Der Regierungsrat formuliert im Programm insgesamt neun Ziele und 18 Strategien für das staatliche Handeln. Als strategische Schwerpunkte nennt er «Strukturen von Kanton und Gemeinden», «Gesellschaft und Wirtschaft» sowie «Lebens- und Naturraum». – Die Idee einer Landesausstellung Expo 2027 war ebenfalls Thema der Sitzung. Den Entscheid, ob Ausserrhoden einen Beitrag von 800 000 Franken an die Machbarkeitsstudie beisteuert, wird der Kantonsrat zu einem späteren Zeitpunkt fällen. – In der Fragestunde wurde die Regierung gefragt, wie weit die Gemeinden Einsicht in die sie betreffenden Fälle der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde erhalten. Die Antwort war klar: Die Gemeinden haben grundsätzlich kein Einsichtsrecht in die Fälle. Bei teuren Massnahmen können Gemeinden jedoch einen Antrag stellen und nach einer Interessenabwägung erhalten sie gegebenenfalls Einsicht.

Das neue Gesetz über die Förderung des Tourismus stand am 26. Oktober auf der kantonsrätlichen Traktandenliste. Stark gefordert war vor allem Volkswirtschaftsdirektorin Marianne Koller. Zu Beginn wies sie nochmals darauf hin, Ziel dieses Gesetzes sei es, das Appenzellerland als attraktive Destination zu stärken. Die SP-Fraktion beantragte Rückweisung der Vorlage mit dem Auftrag, das Tourismus- ins



3



4



5

Wirtschaftsförderungsgesetz zu integrieren. Die Vorlage sei mutlos und keine klare Positionierung. So klar, wie diese Rückweisungsanträge abgelehnt wurden, so deutlich stimmte der Kantonsrat nach fast fünfstündiger Debatte dem Tourismusgesetz in erster Lesung mit 47 Ja bei 11 Nein zu. Dazu hatten alle anderen Fraktionen sowie die Parlamentarische Kommission und die Finanzkommission beigetragen, die sich alle grundsätzlich hinter die Vorlage stellten. Mit der Totalrevision wird ein Gesetz geschaffen, das die Weichen neu stellt. So werden Einzelbetriebe zur Behebung ihrer Infrastrukturprobleme keine Kantonsbeiträge mehr erhalten. Geld geht in Zukunft an Tourismusorganisationen wie die Appenzellerland Tourismus AG, aber auch an andere Leistungsträger, selbst an ausserkantonale. Neu soll eine kantonale Tourismusabgabe eingeführt werden. Sie wird jährlich als Pauschalbetrag nach Selbstdeklaration erhoben. Diese Tourismusabgabe wird auf Transportunternehmen wie Bergbahnen, Postauto und Eisenbahnen, aber auch auf Anbieter von touristischen Aktivitäten ausgedehnt. Erhoben wird die Tourismusabgabe auch bei Zweitwohnungsbesitzern. – Der Kantonsrat hat erstmals vom Bericht über die Finanzlage der Gemeinden 2014 Kenntnis genommen. Bei den Gemeinden sei alles im grünen Bereich und es bestehe derzeit kein Handlungsbedarf. – Ein weiteres Thema der Sitzung war der Bericht über die Wirksamkeit des Finanzausgleichs zwischen Kanton und Gemeinden für das Jahr 2015. Beim kantonalen Finanzausgleich gibt es laut Finanzdirektor Köbi

Frei keinen Verbesserungsbedarf, grundsätzlich funktioniere das System.

Anlässlich seiner Sitzung vom 30. November hat der Kantonsrat ein Zeichen gesetzt für die Idee einer Landesausstellung 2027 in der Ostschweiz. Aufgrund des Siegerprojekts soll nun eine Machbarkeitsstudie erstellt werden. 8,8 Mio. Franken würde diese die Trägerkantone St. Gallen, Thurgau und Appenzell Ausserrhoden kosten. Der Ausserrhoder Kantonsrat hat mit 55 zu 7 Stimmen den Verpflichtungskredit von 800 000 Franken für die Machbarkeitsstudie genehmigt. Mit Ausnahme der SVP stiess der Verpflichtungskredit bei den Fraktionen auf Zustimmung. – Der Kantonsrat stimmte dem Voranschlag 2016 mit 56 zu 5 Stimmen zu. Dieser rechnet mit einem Aufwandüberschuss in Höhe von rund 4,1 Mio. Franken. Werden die ausserordentlichen Faktoren berücksichtigt, resultiert beim Gesamtergebnis ein Ertrags-

Abbildungen

Die Abbildungen stammen aus dem Archiv der Appenzeller Zeitung (APZ).

1 Die drei zurückgetretenen FDP-Regierungsräte (von links) Jürg Wernli, Rolf Degen und Jakob Brunn-schweiler.

2 Das Projektteam des Regierungsprogramms Appenzell Ausserrhoden nimmt den SVSM-Award entgegen (von links): Bruno Bottlang, Jury-Präsident Stefan Vogler, Karin Jung und Dölf Biasotto.

3/4 Der bisherige Nationalrat Andrea Caroni ersetzt den abtretenden Ständerat Hans Altherr.

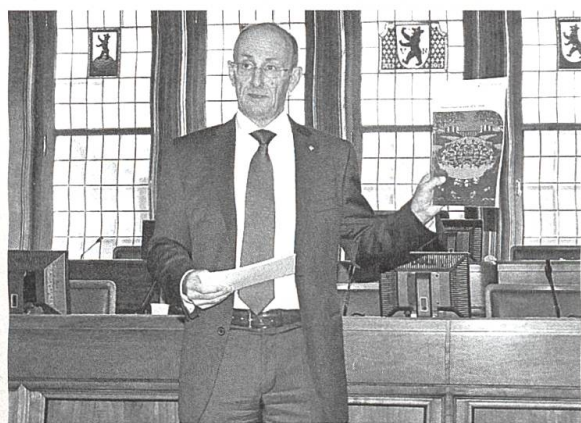
5 Freudentränen nach der Wahl: SVP-Mann David Zuberbühler mit Ehefrau und Sohn.



6



7



8

überschuss von 10,9 Mio. Franken. Die geplanten Nettoinvestitionen belaufen sich auf 27,2 Mio. Franken. Der Steuerfuss bleibt bei 3,2 Einheiten. Eine grössere Diskussion gab es über die Schliessung der Weiterbildungsabteilung am BBZ Herisau. Der Regierungsrat will nun mögliche Alternativen oder eine andere Trägerschaft für die Abteilung prüfen. – Der Kantonsrat genehmigte zudem den Globalkredit für die Kantonsschule Trogen in Höhe von 13,8 Mio. Franken. Auch das kantonale Gefängnis Gmünden soll ab 2016 mit einem Globalkredit und einer Leistungsvereinbarung geführt werden. Bei einer Auslastung von 100 Prozent wird ein Ertragsüberschuss von 646 000 Franken erwartet. – Schliesslich überwies der Rat ein Postulat von Markus Brönnimann, FDP, Herisau. Dieses verlangt eine Überprüfung der Entschädigung und der Grösse des Aufsichtsgremiums der AR Informatik AG.

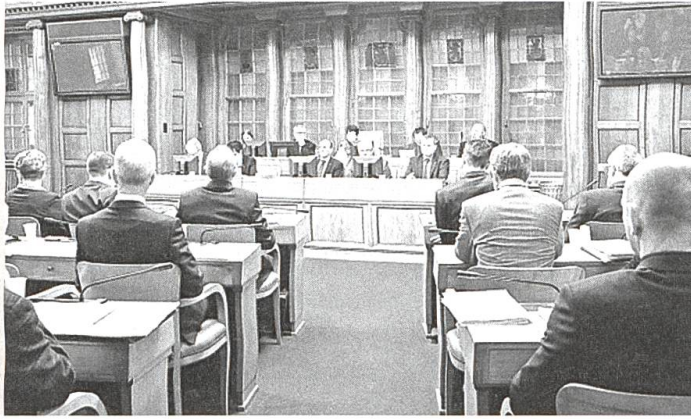
Staatsrechnung 2015

Die Staatsrechnung 2015 weist einen Ertragsüberschuss von 11,8 Mio. Franken aus, 0,5 Mio. weniger als budgetiert. Die um 4,3 Mio. Franken höheren Gewinnanteile der Nationalbank und Entnahmen aus den Reserven begründen das gute Gesamtergebnis. Die Nettoinvestitionen liegen mit 16,6 Mio. Franken um 8,7 Mio. Franken tiefer als veranschlagt. Bei den Steuererträgen und den Anteilen an den direkten Bundes- und Verrechnungssteuern konnte gegenüber dem Voranschlag ein Mehrertrag von gesamthaft 0,9 Mio. Franken erzielt werden. Mit Einnahmen in der Höhe von 133,3 Mio.

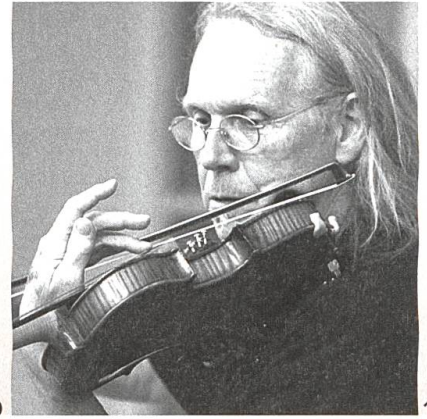
Franken wurden bei den Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen Personen das Budget um 2,1 Mio. Franken verfehlt. Dagegen schlossen die Gewinn- und Kapitalsteuern der juristischen Personen um 1 Mio. Franken besser ab; der Ertrag lag im letzten Jahr bei 14,1 Mio. Franken. Der Personalaufwand (inkl. Kantonsschule Trogen) liegt mit 90,1 Mio. Franken ziemlich genau im budgetierten Bereich und fällt gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozent höher aus. Auch beim Sachaufwand liegt der Aufwand fast genau im Bereich des Voranschlags; mit Gesamtkosten (inkl. Kantonsschule Trogen) von 48,8 Mio. Franken ist dieser gegenüber der Rechnung 2014 um 0,2 Prozent gesunken. Gegenüber dem Voranschlag sind die Kosten im Bereich der Gesundheitsversorgung höher ausgefallen; insbesondere sind Mehrkosten bei der Spitalfinanzierung und der Verbilligung der Krankenversicherungsprämien zu erwähnen. 2015 investierte der Kanton gesamthaft 33,2 Mio. Franken. Gegenüber der Rechnung 2014 fallen die Bruttoinvestitionen somit um 1,2 Mio. Franken höher aus. Trotzdem liegt der Nettoaufwand mit 16,6 Mio. Franken auf einem Rekordtief. Zu den wichtigsten Investitionsprojekten gehören der Strassen- und Wasserbau, die Durchmesserlinie der Appenzeller Bahnen, die neue IT-Lösung der kantonalen Steuerverwaltung sowie die laufende Sanierung des Psychiatrischen Zentrums Appenzell Ausserrhoden und der Kantonsschule Trogen. Mit diesem Rechnungsabschluss erhöht sich der Bilanzüberschuss per Ende 2015 auf 25,2 Mio. Franken. Die Nettoverschuldung



9



10



11

steigt gegenüber dem Vorjahr nur leicht um 43 Franken auf 1377 Franken pro Einwohnerin und Einwohner. Dies entspricht einem gering bis mittel verschuldeten Staatshaushalt.

Volkswirtschaft

Die Schweizer Konjunktur stagnierte im Jahr 2015. Dies ist massgeblich auf die Frankenaufwertung von Mitte Januar zurückzuführen. Die zögerliche Konjunkturentwicklung widerspiegelte sich in einer ansteigenden Arbeitslosenquote sowie höheren Arbeitslosenentschädigungen. Die Kurzarbeitsentschädigungen verharrten dennoch auf einem sehr tiefen Niveau. Zusätzlich verschlechterte Rahmenbedingungen in der Schweiz als Investitionsstandort, weltweite Unsicherheiten sowie der weiter stark zunehmende globale Standortwettbewerb führten zu deutlich weniger Ansiedlungen. Um die Wahrnehmung der Ostschweiz und damit auch von Ausserrhoden zu stärken, hat sich das Departement im Berichtsjahr an verschiedenen interkantonalen Projekten beteiligt. Im November haben die Appenzeller Bahnen (AB) vom Bundesamt für Verkehr die Plangenehmigung der Durchmesserlinie Appenzell-St. Gallen-Trogen erhalten. Damit ist ein wichtiger Meilenstein in der Modernisierung und Weiterentwicklung der AB erreicht.

Wirtschaftsförderung. Der globale Standortwettbewerb hat sich auch 2015 weiter verschärft, und die Rahmenbedingungen der Schweiz als Investitionsstandort sind stark unter Druck geraten. Daraus resultierten – ge-

nauso wie bei den nationalen Mitbewerbern – deutlich weniger Ansiedlungen. Damit Appenzell Ausserrhoden als Unternehmensstandort interessant bleibt, sind neben der Standortentwicklung auch die Bestandespflege sowie eine lösungsorientierte Grundhaltung gegenüber neuen Projekten von entscheidender Bedeutung. Der Fachkräftemangel war erneut ein wichtiges Thema. Zusammen mit dem Kanton St. Gallen organisiert die Wirtschaftsförderung deshalb jährlich einen Sprungbrett-Event und gemeinsam mit den Nachbarkantonen bereits zum zweiten Mal die Veranstaltung «ProOst». Diese Veranstaltungen geben jungen Professionals eine Übersicht über ihre Karrierechancen in der Ostschweiz und sollen gleichzeitig die hohe Lebensqualität der Region aufzeigen.

Abbildungen

6 Der neugewählte Regierungsrat Alfred Stricker (pu) nimmt die Gratulation seiner künftigen Regierungskollegin Marianne Koller-Bohl (FDP) entgegen.

7 Die fünfköpfige Ausserrhoder Regierung. V.l.n.r. Marianne Koller-Bohl (FDP), Ratschreiber Roger Nobs, Landammann Matthias Weishaupt (SP), Alfred Stricker (pu), Köbi Frei (SVP), Paul Signer (FDP).

8 Mit Matthias Weishaupt bekleidet erstmals ein Sozialdemokrat das Amt des Landammanns.

9 Mit der Herisauerin Ursula Rüttsche-Fässler präsidierte im Amtsjahr 2015/16 erstmals eine CVP-Kantonsrätin das Kantonsparlament.

10 Ein verändertes Bild im Kantonsrat: die per 1. Juni auf fünf Plätze verkleinerte Regierungsbank.

11 Der Violinist und Komponist Paul Giger erhielt den Ausserrhoder Kulturpreis 2015.

Landwirtschaft. Die landwirtschaftlichen Betriebe in Appenzell Ausserrhoden haben sich an den im Rahmen der Agrarpolitik 2014–2017 vorgeschlagenen Direktzahlungsprogrammen rege beteiligt. Trotzdem mussten sie infolge der Umlagerung der tierbezogenen Beiträge in flächenbezogene Beiträge starke Einbussen in Kauf nehmen. Gegenüber dem Vorjahr sanken die Zahlungen um rund 1,7 Mio. Franken. Insgesamt wurden 2015 34,8 Mio. Franken (Vorjahr 36,4 Mio.) Direktzahlungen an 619 (627) Betriebe ausbezahlt. Nach der Aufhebung des Euro-Mindestkurses hatte sich die Situation auf dem Milchmarkt nochmals verschärft. Die produzierte Milchmenge nahm zu Jahresbeginn leicht ab, dies genügte jedoch nicht, um den massiven Preiszerfall zu stoppen. Eine rentable Milchproduktion ist unter diesen Bedingungen kaum mehr möglich. Die Schlachtkühe waren das ganze Jahr gesucht. Aufgrund der sinkenden Milchkuhbestände ist auch die Anzahl der Bankkälber gesunken. Der durchschnittliche Schweinepreis lag schon lange nicht mehr so tief. Wegen der geringen Nachfrage herrschte ein Überangebot. Die Schweineproduzenten können ihre Kosten mit dem Verkaufserlös nicht mehr decken. Trotz wachsender Inlandproduktion war die Nachfrage nach Eiern und Poulet gut.

Sicherheit und Justiz

Auch im Departement Sicherheit und Justiz verursachte die Reorganisation der Verwaltung erheblichen Aufwand; dies verbunden mit der Erarbeitung und Realisierung von weiteren Sparmassnahmen im Rahmen der Aufgabenüberprüfung. Neben der Erarbeitung eines neuen Polizeigesetzes beschäftigte sich das Departement auch mit einer möglichen Revision des Gesetzes über die Politischen Rechte sowie mit Fragen der Gemeindestrukturen. Es zeigte sich, dass die aktuelle Verfassung grosse Hindernisse für die Lösung von Problemen in beiden Bereichen enthält, die nur mit einer Totalrevision zielführend angegangen werden können. – Von den im Rahmen der Reorganisation der Verwaltung angeordneten Umzügen

nach Trogen ist auch die Abteilung Bürgerrecht und Zivilstand betroffen. Sie bildet zusammen mit der Abteilung Migration das neue Amt für Inneres, das im Rathaus Trogen untergebracht wird. – Die Zahl der Neueingänge ist bei den Strafverfahren von 3800 auf insgesamt 4100 Verfahren spürbar angestiegen. Die Zunahme betrifft alle Bereiche des Strafrechts. Die Zahl der Haftfälle ist konstant geblieben, doch mussten mehr medizinische oder psychiatrische Gutachten in Auftrag gegeben werden. Ausserdem waren mehr schwere Gewaltdelikte zu verzeichnen, wobei diese Zahl im landesweiten Vergleich immer noch relativ tief ist. Zugleich konnten rund 400 Verfahren mehr als im Vorjahr erledigt werden (insgesamt 3480, davon 2626 mit Strafbefehl). Damit ist die Pendenzenzahl nicht dramatisch angestiegen.

Gerichtswesen. Die Eingänge bei den Zivilabteilungen des Kantonsgerichts haben mit 167 (146) neuen Fällen einen Anstieg von 15 Prozent erfahren. Um 20 Prozent zugenommen hat mit insgesamt 76 (63) Neueingängen die Anzahl bei den Strafprozessen. Beim Jugendgericht gingen im Berichtsjahr 2 (1) neue Verfahren ein; die Fallzahlen blieben auf dem gewohnt tiefen Niveau der letzten Jahre. Mit 1205 (1118) neuen Zivilfällen hat die Geschäftslast bei den Einzelrichtern zugenommen. – Nach einem Rückgang im Vorjahr nahmen beim Obergericht die Neueingänge mit 17 (8) Fällen sowohl bei den Zivilprozessen als auch mit 39 (29) Fällen bei den Strafprozessen überdurchschnittlich zu. Im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzrechtes ist im dritten Berichtsjahr mit 15 Neueingängen ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr (18) zu registrieren. Ebenfalls ist mit 90 Neueingängen (104) ein Rückgang bei den verwaltungsrechtlichen Abteilungen zu verzeichnen. Bei den Einzelrichtern des Obergerichts stiegen die Neueingänge im Bereich Zivil- und Strafrecht auf 79 (65) an und erreichten praktisch wieder das hohe Niveau der Jahre 2012 und 2013; im verwaltungsrechtlichen Bereich waren 66 neue Verfahren (72) eingegangen, was einen Tiefst-

stand in den letzten sieben Jahren bedeutet. – Bei der Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs hielt sich die Geschäftslast mit acht Neueingängen auf dem tiefen Niveau des Vorjahres. Bei den Betreibungsämtern blieb mit 12 672 Eingängen bei den Zahlungsbefehlen das hohe Niveau der letzten Jahre konstant. Bei den Konkursamtszweigstellen waren im Berichtsjahr 89 (83) neue Konkurse eingegangen. – Bei den Vermittlerämtern gingen im Berichtsjahr 221 (303) neue Begehren ein, was einer Abnahme von 27 Prozent entspricht. Die Erfolgsquote beträgt erfreuliche 65 Prozent.

Strafanstalt Gmünden. Die Auslastung der Strafanstalt Gmünden im offenen Vollzug war im Berichtsjahr mit 96,4 Prozent (20388 Verpflegungstage) wiederum auf einem hohen Stand. Im kantonalen Gefängnis war die Auslastung überdurchschnittlich hoch, vor allem in der Untersuchungs- und Ausschaffungshaft. In einigen Fällen musste ein vorzeitig-geschlossener Vollzug durchgeführt werden, da die geschlossenen Justizvollzugsanstalten grössere Wartelisten aufwiesen. Die Nachfrage für Plätze in der geschlossenen Spezialvollzugsabteilung, als Übergangsstation mit erhöhtem Sicherheitsstandard, war nach wie vor sehr gross. Auch in diesem Jahr war die Zahl der Insassen, die in anderen offenen Strafanstalten nicht mehr tragbar waren und übernommen wurden, überdurchschnittlich hoch. Verstösse gegen die Hausordnung, vor allem renitentes und ungebührliches Verhalten gegenüber dem Anstaltspersonal, haben massiv zugenommen. Auch die Schäden an Gebäuden und Infrastruktur haben durch schwierige Insassen weiter zugenommen. Die Auftragslage in den Werkstätten nahm besorgniserregend ab. Der Erlös reduzierte sich gegenüber dem letzten Jahr um rund 22 Prozent. Einerseits liegen die Ursachen in der momentanen Wirtschaftslage, andererseits bei Insassen, können doch viele aus gesundheitlichen Gründen nur zu 50 Prozent beschäftigt werden. Es wird auch in Zukunft nicht einfach sein, einfache Serienarbeiten zu akquirieren.

Kriminalstatistik. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 2677 Straftaten registriert, was einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 6,6 Prozent gleich kommt. Die Zahl der registrierten Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz beträgt 255 und ist um 21 Prozent zurückgegangen. Die Zahl der Straftaten nach Strafgesetzbuch liegt bei 1960 (Vorjahr 2076), 38,3 Prozent der Straftaten waren Vermögensdelikte. Bei den Gewaltstraftaten wurde eine Zunahme von zwei Prozent auf 216 Delikte verzeichnet. Es musste ein vollendetes Tötungsdelikt registriert werden. Während die Straftaten betreffend schwere bzw. einfache Körperverletzung zurückgingen, wurde bei Raub und bei sexueller Nötigung eine Zunahme festgestellt. Zugenommen haben auch Straftaten gegen die sexuelle Integrität (24 Delikte) und sexuelle Belästigungen mit neun Vorfällen (Vorjahr 1). Die Vermögensdelikte sind um 21 Prozent auf 750 Straftaten zurückgegangen. Bei den Einbruchdiebstählen wurde mit 83 Fällen (Vorjahr 127) ein deutlicher Rückgang festgestellt, dies in Übereinstimmung mit der gesamtschweizerischen Entwicklung.

Unfallstatistik. Im Vergleich zum Vorjahr sank die Zahl der polizeilich registrierten Verkehrsunfälle im Jahr 2015 um fünf auf 380 Unfälle. Die Anzahl der Schwerverletzten stieg im Jahr 2015 auf 15 Personen gegenüber 14 im Vorjahr. 2015 verletzen sich 80 Personen leicht, was im Vergleich zum Vorjahr einer Abnahme von zehn Personen entspricht. In Teufen verstarb ein 22-jähriger Personenwagenlenker an den Folgen der Verletzungen nach einem Selbstunfall. Die häufigsten Ursachen, die im Jahr 2015 zu einem Unfall führten (exklusive Wildunfälle), sind nichtangepasste Geschwindigkeit und Missachten des Vortrittsrechts, gefolgt von zu nahem Aufschliessen, dem Zustand des Lenkers und unvorsichtigem Rückwärtsfahren. Insgesamt musste die Kantonspolizei zu 52 (Vorjahr 67) Verkehrsunfällen mit Wildtieren ausrücken. Dabei waren total 39 Rehe, sechs Dachse, fünf Füchse und zwei Hirsche beteiligt.

Bauen und Umwelt

Die Umsetzung des revidierten Raumplanungsgesetzes hat das Departement Bau und Umwelt intensiv beschäftigt. Sowohl der Richtplan als auch das Baugesetz müssen revidiert werden, um eine Siedlungsentwicklung nach innen zu bewirken und überdimensionierte Bauzonen zu reduzieren. Der Auftrag des neuen eidgenössischen Raumplanungsgesetzes und das Bewusstsein zur Eindämmung der Zersiedlung werden ernst genommen. Der Handlungsbedarf ist unbestritten und die Stossrichtung klar. Die Diskussionen um den kantonalen Richtplanentwurf haben aber gezeigt, dass Auszonungsmassnahmen erst akzeptiert werden, wenn Klarheit über die Entschädigungsfolgen herrscht. – Nach der Volksdiskussion, der Anhörung der Gemeinden und Gesprächen mit weiteren Involvierten hat der Regierungsrat mit Zustimmung des Büros des Kantonsrats den Entwurf für die Teilrevision des Baugesetzes zurückgezogen, um ihn neu aufzugleisen. Die Zusammenhänge zwischen der Baugesetzrevision, der Richtplannachführung sowie der Regelung zum Mehrwertausgleich bedingen dieses Vorgehen. Damit können die drei Themen besser koordiniert werden. Auch die Mitwirkung der Betroffenen wird erleichtert. Das Berichtsjahr war auch geprägt durch die Übergabe des Departements Bau und Umwelt von alt Regierungsrat Jakob Brunnschweiler an Regierungsrätin Marianne Koller-Bohl.

Hochbau. Die Hochbautätigkeit in verschiedenen Gemeinden ist weiterhin recht rege. Gebaut werden vor allem Mehrfamilienhäuser mit Miet- bzw. Eigentumswohnungen mit gehobenem Ausbaustandard. Langsam zeichnet sich aber eine gewisse Sättigung ab. Attraktive Lagen, vor allem zentrumsnah, sind gefragt. Noch immer ist der Bestand an Leerwohnungen recht hoch, dies vor allem in Altbauten mit einem veralteten Ausbaustandard. – Von Seiten des Kantons sind derzeit keine grösseren Hochbauten im Entstehen. In verschiedenen Objekten wurden jedoch Unterhaltsarbeiten vorge-

nommen mit den Schwerpunkten Gebäudeisolation und Modernisierung der Haustechnik. Im Psychiatrischen Zentrum in Herisau laufen die Sanierungsarbeiten planmässig, und die Planung für die zweite Etappe des Konviktsgebäudes an der Kantonsschule Trogen konnte abgeschlossen werden.

Tiefbau. Nachdem die Stimmberechtigten von Teufen den Objektkredit für den Bau eines Tunnels für die Appenzeller Bahnen abgelehnt haben, wird jetzt die vom Kanton favorisierte Doppelspurvariante weiterbearbeitet. Diese sieht eine tramähnliche, richtungsgetrennte Führung der Bahn auf der Strasse durchs Dorf vor. – Etwas mehr Mittel als geplant wurden für die Werterhaltung des Strassennetzes aufgewendet. Erwähnenswert sind die Sanierung des Kreuzungsbereichs Kreuzweg in Herisau und der Ortsdurchfahrt Waldstatt. In Angriff genommen wurde zudem der Neubau der Steblenbachbrücke auf der Strecke zwischen Waldstatt und Hundwil. Die Strasse Schmiedgasse/Neue Steig ist nach der umfassenden Sanierung an die Gemeinde Herisau abgetreten worden.

Umwelt. Die Hitzeperioden im Sommer und die dadurch bedingte starke Sonneneinstrahlung haben sich auf die Belastung der Luft mit dem Reizgas Ozon ausgewirkt. So registrierte die für das Appenzellerland repräsentative Messstation St. Gallen-Stuelegg deutlich mehr Überschreitungen des maximal zulässigen Stundenmittelwertes als in den letzten Jahren. Die hohen Ozon-Konzentrationen lagen jedoch unter den Rekordwerten des Hitzesommers 2003, was für die Wirksamkeit der bisher getroffenen Massnahmen zur Luftreinhaltung spricht. Allerdings genügen diese Anstrengungen noch nicht.

Gesundheit und Soziales

Die laufende Reorganisation der kantonalen Verwaltung hat im Departement Gesundheit besonders viel zeitliche und personelle Ressourcen gebunden. Projektleitung, Koordina-

tion und Umsetzung der Organisationsentwicklung sowie die Stellvertretung diverser Vakanzen waren anspruchsvoll. Die Teilrevision des Gesundheitsgesetzes und die Erarbeitung des Behindertenintegrationsgesetzes mussten verschoben werden. – Die Gesamterneuerungswahlen für den Verwaltungsrat des Spitalverbunds (SVAR) erforderten wegen mehrerer Rücktritte eine sorgfältige Vorbereitung. Dem SVAR-Verwaltungsrat gehören folgende neuen Mitglieder an: Dr. med. Christiane Roth-Godet, Gockhausen ZH, als Präsidentin; Dr. oec. HSG Hans-Jürg Bernet, St. Gallen; Hugo Keune, Zürich; Prof. Dr. med. Andreas Zollinger, Männedorf, sowie die bisherigen Verwaltungsräte Dr. Agnes Glaus, St. Gallen, und Dr. med. Othmar Kehl, Grub. Die Vertretung des Regierungsrates im Verwaltungsrat wechselt Ende 2015 von Regierungsrat Köbi Frei zu Regierungsrat Paul Signer. Hintergrund ist eine Entflechtung der verschiedenen Rollen der Regierungsmitglieder in der neu organisierten Verwaltung. – Der Dialog zwischen der Aufsichtsbehörde und dem neuen Verwaltungsrat hat zu einer merklichen Verbesserung im Verhältnis zwischen dem Kanton als Eigner und dem Spitalverbund beigetragen. – Bei der Finanzierung der stationären Gesundheitsversorgung zeigen sich schweizweit anhaltend erhebliche Kostenverschiebungen zu Lasten der Kantone. Die gesetzliche Verpflichtung der Kantone zur Spitalplanung in den Versorgungsbereichen Akutsumatik, Rehabilitation und Psychiatrie, zum Erlass von Spitallisten und zur Tarifgenehmigung bzw. -festsetzung erweisen sich als ungenügende Instrumente für eine wirksame Kostensenkung. – Fortschritte in Sachen Qualitätssicherung und Kostentransparenz sind in der kantonalen Heimlandschaft erreicht worden. Der Erlass der «Richtlinien zur Basisqualität» ist ein Schritt zur Sicherung und Weiterentwicklung einer qualitativ guten Versorgung.

Spitalwesen. Die Rechnung 2015 des Spitalverbunds weist trotz konstanten Patientenzahlen erstmals ein negatives Ergebnis aus. Gestie-

gene Personalkosten aufgrund von Angebots-erweiterungen, Umsetzung des Arbeitsgesetzes und verschiedene strukturellen Anpassungen im Spital Heiden sowie Beitragskürzungen des Kantons führten zu einem Verlust von 9,7 Mio. Franken. Das Geschäftsjahr war geprägt von vielen Herausforderungen: Die Patientenzahlen in der Chirurgie am Spital Heiden nahmen ab. Dazu kam es aufgrund des Weggangs des Chefarztes Psychiatrie sowie der Rücktritte der beiden langjährigen Chefarzte aus ihrer Chefarztposition am Spital Herisau zu einem Rückgang der Patientenzahlen in der Akutpsychiatrie sowie im Spital Herisau. Die Erträge in den Akutspitalern Heiden und Herisau konnten um 1,8 Prozent auf 90,3 Mio. Franken gesteigert werden, während der Ertrag im Psychiatrischen Zentrum AR um 1,2 Mio. Franken (4,2 Prozent) zurückgegangen ist. Insgesamt bewegt sich der Ertrag aus Leistungen für Patienten mit 118,7 Mio. Franken auf Vorjahresniveau. Für das Jahr 2016 hat der Verwaltungsrat ein anspruchsvolles Budget genehmigt. Dieses sieht eine ausgeglichene Rechnung vor.

Soziales. Die Zahl der Menschen, die in Ausserrhoden auf Sozialhilfe angewiesen sind, hat 2015 leicht zugenommen, gesamtschweizerisch ist der Anteil der auf Sozialhilfe angewiesenen Personen stabil geblieben. Strukturwandel am Arbeitsmarkt, Sanierungsprogramme der Sozialversicherungen, hohe Scheidungsraten und die Zunahme chronischer Erkrankungen zeigten damit auch in Appenzell Ausserrhoden ihre Auswirkungen. Wie im Asylwesen gilt auch mit Blick auf die Sozialhilfe: Je früher Probleme erkannt und angegangen werden, desto höher die Chancen für wirtschaftliche Selbständigkeit und eigene Vorsorge. – Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) besteht seit 2013. Auf Ende 2015 mussten alle altrechtlichen Fälle ins neue Recht überführt werden. Organisationsentwicklung und Qualitätssicherung sind wichtige Themen, denen im Berichtsjahr aufgrund zahlreicher Kündigungen in der Behörde und im Fachdienst eine hohe Bedeutung zukam.

Asylstatistik. Im Jahre 2015 wies der Bund dem Kanton 304 Asylsuchende (inkl. Geburten) zur Unterbringung und Betreuung zu. Im Vergleich zu den Vorjahreszahlen war die Zahl der Flüchtlings-Anerkennungen mit 94 Personen leicht rückläufig (Vorjahr 105). Ende 2015 lebten 307 Asylsuchende und 116 vorläufig Aufgenommene aus 23 Herkunftsländern in Appenzell Ausserrhoden. 23 abgewiesene Asylsuchende bezogen Nothilfe. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer im Asylzentrum Landegg musste aufgrund der stark steigenden Zuweisungen nochmals deutlich reduziert werden. Dies führte dazu, dass die Personen noch rascher in die Gemeinden verteilt werden mussten. Die Gemeinden konnten aber weitgehend innert nützlicher Frist zusätzlichen Wohnraum zur Verfügung stellen. Aufgrund der allgemeinen Situation im Asylbereich ist vor allem in der zweiten Jahreshälfte die Zahl der neu zugewiesenen Asylsuchenden (ohne Geburten) sehr stark von durchschnittlich 13 Personen monatlich (Januar bis Juni) auf 36 Personen (Juli bis Dezember) gestiegen.

Bildung

Im Bereich der Bildung war das Jahr geprägt von personellen Veränderungen. So ging die Departementsführung am 1. Juni von alt Regierungsrat Rolf Degen an den neu gewählten Regierungsrat Alfred Stricker über. Pensioniert wurden im Berichtsjahr Erich Brassel (Fachstelle Sport), Rolf Franke (Leiter Zentrum für Schulpsychologie und Pädagogisch-Therapeutische Dienste, ZEPT) und Stefan Gantenbein (Brücke AR). Ihre Stellen wurden durch Roman Hasler (Fachstelle Sport), Margot Vogelsanger und Corina Büchi (ZEPT) sowie Harald Stoller (Brücke AR) besetzt. – Ein Arbeitsschwerpunkt lag in der Beschaffung eines elektronischen Schuladministrationssystems. In Zusammenarbeit mit der AR Informatik AG wurden die Vorarbeiten für die Einsetzung von zwei Projekten geleistet: Bei «EISA Volksschule» wurde die Konzeptionsphase bis Ende Jahr plangemäss abgeschlossen. Im Projekt «EISA kantonale Schulen» konnte das Detailkonzept noch nicht

abgeschlossen werden, da es komplexer ist als ursprünglich angenommen. – Der Lehrplan 21 soll zur Harmonisierung der Ziele in den Volksschulen der Deutschschweizer Kantone führen. Auf dieser Basis beschloss der Regierungsrat einen neuen Lehrplan und die dazugehörige Stundentafel. Die Inkraftsetzung erfolgt auf Beginn des Schuljahres 2017/18. Unter der Federführung des Amtes für Volksschule und Sport ist bereits mit der Einführung in den Gemeinden begonnen worden. Viel Bewährtes bleibt mit dem neuen Lehrplan bestehen, geschärft werden der Lernprozess und die Beurteilung der Schülerinnen und Schüler. – Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an der Volksschule ging von 5594 auf 5542 zurück. Im Kindergarten nahm die Zahl der Lernenden um 35 Kinder auf 1078 zu. Auf der Primarstufe blieb die Schülerzahl mit 2963 (2960) praktisch stabil. Deutlich rückläufig war die Schülerzahl hingegen auf der Sekundarstufe I mit 1458 (1644) Schülerinnen und Schülern. Vor dieser Ausgangslage bleibt die künftige Organisation der Sekundarstufe I eine wichtige bildungspolitische Herausforderung. Als Folge der rückläufigen Schülerzahlen haben zwei Drittel der Ausserrhoder Sekundarschulen einen Modellwechsel geplant oder bereits umgesetzt.

Berufsbildung. Die Anzahl der neuen Lehrverträge ist gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig. 2015 wurden 531 neue Lehrverträge genehmigt (Vorjahr 550). Der Gesamtbestand an Lehrverträgen lag bei 1400 (1420). Davon entfallen 1296 (1321) auf die berufliche Grundbildung mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis und 103 (97) auf das eidgenössische Berufsattest. Letzteres hat sich mittlerweile etabliert. Insgesamt wurden 464 (455) Qualifikationsverfahren durchgeführt. Davon bestanden 440 (435) Lernende die Prüfung. Die Durchfallquote betrug 4,9 Prozent (4,4 Prozent). Die Zahl der Lehrvertragsauflösungen ist von 121 auf 105 zurückgegangen und liegt damit wieder im mehrjährigen Durchschnitt.

Kantonsschule. Am Ende des Schuljahres 2014/15 haben 85 von 86 Maturandinnen und Maturanden den gymnasialen Maturitätsausweis erhalten. In der Berufsfachschule Wirtschaft haben zwölf das Qualifikationsverfahren ganz oder teilweise bestanden. Das Berufsmaturitätszeugnis, welches nach einem erfolgreichen Praxisjahr erworben werden kann, konnte sechs Kandidatinnen und Kandidaten ausgehändigt werden. 30 Kandidatinnen und Kandidaten legten die Abschlussprüfung für den Fachmittelschulausweis erfolgreich ab. Die Schule händigte zudem drei Fachmaturitätsausweise Gesundheit, fünf Fachmaturitätsausweise Soziale Arbeit und vier Fachmaturitätsausweise Pädagogik aus. – Beim Start zum Schuljahr 2015/16 zählte die Kantonsschule insgesamt 642 Lernende (Gymnasium: 357 / - 13; Berufsfachschule Wirtschaft und Berufsmaturität: 44 / + 4; Fachmittelschule und Fachmaturität: 107 / + 1; Sekundarschule: 134 / - 9). Im Vergleich zum Vorjahr werden insgesamt 17 Lernende weniger unterrichtet. Die Entwicklung in den verschiedenen Angeboten ist unterschiedlich. Während die Schülerzahlen in der Sekundarstufe I (- 9,4 Prozent) und dem Gymnasium (- 9,6 Prozent) rückläufig waren, nahmen sie in der Berufsfachschule Wirtschaft (+ 10 Prozent) und der Fachmittelschule (+ 1 Prozent) zu. – Der Regierungsrat nahm einen Zwischenbericht zum Schulentwicklungsprojekt «Strategische Optionen» zur Kenntnis. Er beauftragte die Kantonsschule, die Einführung einer zweisprachigen gymnasialen Matura (Englisch und Deutsch) vorzubereiten und ein Talentförderungskonzept in den Bereichen Musik und Sport auszuarbeiten.

Berufsbildungszentrum. Die Zahl der Lernenden am Berufsbildungszentrum ging im Berichtsjahr auf 979 zurück (Vorjahr 1051). Bei der Lernenden- und Ausbildungsberatung übernahm Nicole Harzenmoser die Aufgaben von Anneliese Dick. Im Lehrkörper waren nur wenige Wechsel zu verzeichnen; betroffen waren vor allem Anstellungen mit kleinem Beschäftigungsgrad. Im Berichtsjahr etablierten

die Lehrpersonen neue Methoden zur Einholung von Feedbacks bei den Lernenden. – Die Landwirte werden seit Sommer 2015 nicht mehr in Herisau beschult. Die beiden Klassen wurden aus organisatorischen, administrativen, disziplinarischen und finanziellen Gründen nach Flawil verschoben. In der Brücke AR wurden im August fünf Klassen gebildet; geplant waren vier. Eine Herausforderung war es, genügend geeignete Praktikumsplätze zu finden. Das Ziel – eine Anschlusslösung für 80 Prozent der Jugendlichen – wurde allerdings übertroffen. Viele Jugendliche kommen aus schwierigen sozialen Verhältnissen und sind mit persönlichen Problemen konfrontiert. – Der Start ins Projekt «eLearning» verlief erfolgreich. Die Schülerinnen und Schüler aus vier Lehrberufen setzten im Unterricht entweder private Laptops oder von der Schule zur Verfügung gestellte Tablets ein. – Im Zuge von Sparmassnahmen werden die Weiterbildungskurse nicht mehr weitergeführt; deren Defizit betrug jährlich zwischen 70 000 und 100 000 Franken. Der Aufhebungsentscheid löste Diskussionen aus. Mit interessierten privaten Trägern wurden Gespräche über eine allfällige Weiterführung eines Angebots in Herisau aufgenommen.

Kultur

Kulturpreis. In der Kirche von Rehetobel durfte der Musiker Paul Giger den mit 25 000 Franken dotierten Ausserrhoder Kulturpreis 2015 entgegennehmen (Abb. 11). Damit zeichnet die Regierung einen Musiker aus, der ein aussergewöhnlich reiches musikalisches Werk geschaffen hat. Paul Giger ist 1952 in Herisau geboren und wohnt in Rehetobel. In jungen Jahren reiste er als Strassenmusiker durch Asien und absolvierte anschliessend ein Musikstudium in Winterthur und Bern. Von 1980 bis 1983 war er Konzertmeister des Sinfonieorchesters St. Gallen, seither ist er freischaffender Künstler und arbeitet als Musiklehrer an der Kantonsschule Trogen. Sein Repertoire umfasst die verschiedensten Stilrichtungen vom Barock bis zur Moderne; weitere Schwerpunkte bilden Improvisation, Jazz und Folkloretraditionen. Paul Giger

ist vielseitig: Virtuose der Obertöne und Vierteltöne, Bachinterpret, Klangtüftler, Erforscher fremder harmonischer Skalen, Komponist weltlicher und geistlicher Werke, die einen Bogen schlagen zwischen abendländischer Spiritualität und östlichen Kulturen. Er ist aber auch Volksmusiker, dessen schläazige Zäuerli niemanden kalt lassen. Paul Giger realisiert(e) im In- und Ausland mit namhaften Musikerinnen und Musikern Projekte.

Kulturstiftung. Die Ausserrhodische Kulturstiftung hat erneut Künstlerinnen und Künstler aus den Bereichen Bildende und Angewandte Kunst, Literatur und Tanz ausgezeichnet. Nicht beteiligt war die Sparte Musik. Die Stiftung vergab Werkbeiträge im Gesamtbetrag von 70 000 Franken. Annina Frehner wurde für ihre präzise und kompromisslose bildhauerische Arbeit ausgezeichnet. Der Fotograf Georg Gatsas erhielt einen Werkbeitrag für die Weiterentwicklung seiner Porträt- und Landschaftsaufnahmen. Die Textildesignerin Eva Regina Zuberbühler hatte sich mit Duschvorhängen in innovativer Technologie und mit einer Stoffkollektion beworben. Der in Heiden tätige Hafner Mike Heller war mit funktional überzeugenden Stahlöfen bekannt geworden; darüber hinaus hat er sich das Knowhow in der Herstellung von originalen Appenzellerkacheln angeeignet. Die in Schwellbrunn lebende Autorin Anita Obendrauf überzeugte die Jury mit einem weit gediehenen Romanentwurf, einer zwischen St. Gallen und dem Alpstein verorteten Geschichte, die sich dem Thema des Kindsverlusts annimmt. Im Bereich Tanz ging ein Werkbeitrag an die in Schachen lebende Kjersti Sandstø. Gewürdigt wurden zudem die Schauspielerin Jeanne Devos und die Autorin Monika Slamanig als diesjährige Artist-in-Residence-Stipendiatinnen. Die Schauspielerin plant ihren künstlerischen Auslandsaufenthalt bei den renommierten «Ballets C de la B» des Choreographen Alain Platel im belgischen Gent zu verbringen. Die Autorin geht nach Klagenfurt und wird dort ihr autobiographisches Romanprojekt «Mirka und die vaterlosen Töchter» weiterverfolgen.

Kirchliches

An der Herbstkonferenz der Präsidien der evangelisch-reformierten Landeskirche beider Appenzell war der auf die Kirchgemeinden zukommenden Mangel an Pfarrpersonen ein Thema. Von den 26 Pfarrpersonen werden in den nächsten Jahren elf in Pension gehen. Nachdem es schwieriger geworden ist, die vakanten Stellen zu besetzen, rechnen die Verantwortlichen in den kommenden Jahren mit einer Verschärfung der Problematik. Der Kirchenrat will sich zudem zusammen mit den Kirchgemeinden vertieft mit dem Strukturwandel der Landeskirche befassen und die Kirchgemeinden in die Diskussion miteinbeziehen. – Auch nach der Sommersynode verfügt die reformierte Kirchgemeinde Appenzell über kein rechtsgültiges Reglement. Dies nachdem die Synodalen einen Vorschlag zu einer Ergänzung der Ausserrhoder Kirchenverfassung abgelehnt haben. Diese Änderung wäre nötig gewesen, weil sich derzeit die Innerrhoder Kantonsverfassung und die Kirchenverfassung der evangelisch-reformierten Landeskirche in verschiedenen Punkten widersprechen. – Anlässlich der Synode im November ist die Herisaue- rin Heidi Steffen-Kern als neue Präsidentin des Kirchenparlaments der evangelisch-reformierten Landeskirche gewählt worden. Sie löst in dieser Funktion Peter Bischoff, Rehetobel, ab, der das Amt des Synodalpräsidenten während mehreren Jahren innegehabt hatte. Neben der Neubesetzung des Präsidiums stand die schwierige finanzielle Situation der Landeskirche beider Appenzell im Zentrum. Kirchenratspräsident Koni Bruderer kündigte ein Sparpaket an, welches die Bereitschaft aller Beteiligten zu schmerzhaften Abstrichen nötig machen wird.

Tourismus und Bahnen

Tourismus. In Appenzell Ausserrhoden sind im Berichtsjahr 171 519 Logiernächte registriert worden, das sind 4,9 Prozent weniger als im Vorjahr. Es fehlten vor allem die Gäste aus Deutschland. Gesamtschweizerisch ging die

Zahl der Logiernächte um 0,8 Prozent zurück. Mit rund 53 700 Logiernächten entfallen rund ein Drittel aller Übernachtungen auf das Reka Feriendorf in Urnäsch. Ohne Berücksichtigung der erneut hohen Frequenzen im Feriendorf hätte der Rückgang der Logiernächte in Ausserrhoden sieben Prozent betragen. Der starke Rückgang liegt vor allem daran, dass im Vorjahr eine Rabattaktion für Raiffeisenkunden viele zusätzliche Gäste in den Kanton gelockt hatte. – Das Jahr 2015 stand für die Appenzellerland Tourismus AG im Zeichen der Einführung des neuen grafischen Auftritts und der damit verbundenen Lancierung neuer Angebote vor allem im Bereich des Wanderns. Grosses Gewicht wurde zudem auf die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit den verschiedenen Anbietern gelegt, um damit die Tourismusregion zu stärken.

Appenzeller Bahnen. Die Plangenehmigung für den Tunnel und die Neubaustrecke Ruckhalde sowie den Umbau des Bahnhofs in St. Gallen war für die Appenzeller Bahnen wohl das wichtigste Ereignis im Berichtsjahr. Bereits im Dezember konnte mit den Vorbereitungsarbeiten begonnen werden. Im Zuge der Erneuerung der Sicherungsanlagen konnten rund 60 Bahnübergänge saniert werden. Neben der Erneuerung der Infrastruktur werden neue moderne Züge für die Strecken Appenzell-St. Gallen sowie Gossau-Wasserauen beschafft. Ab Ende 2018 sollen die Appenzeller Bahnen schneller, moderner und sicherer unterwegs sein. – Nicht ganz den Erwartungen entsprochen haben die Frequenzen, ging doch die Zahl der beförderten Personen gegenüber dem Vorjahr um gut 100 000 auf 5,027 Mio. Passagiere zurück. Trotzdem erreichte der Verkehrsertrag mit 11,918 Mio. Franken das Niveau des Vorjahres. – Neben dem Projekt Durchmesserlinie wurden auch in anderen baulichen Bereichen Weichen gestellt. So hat die Planung der Doppelspur zwischen Stofel und Bahnhof Teufen begonnen, und die Projektierung eines Instandhaltungszentrums an einem neuen Standort ist angelaufen.

Säntis-Schwebebahn. Der 27. November wird als Höhepunkt in die Geschichte der 1935 gegründeten Unternehmung eingehen: Nach zweijähriger Bauzeit konnte das neue Hotel «Säntis – das Hotel» am Fusse des Säntis termingerecht eröffnet werden. Finanziert wurde die 42-Mio.-Franken-Investition mit einer Kapitalerhöhung der Säntis-Schwebebahn AG. «Säntis – das Hotel» umfasst 68 Zimmer, Seminarräumlichkeiten und einen Wellnessbereich. – Erfolgreich war für das grösste Tourismusunternehmen im Kanton auch das Geschäftsjahr. Der Gesamtumsatz betrug 14,16 Mio. Franken. Davon entfielen auf die Schwebebahn 5,19 Mio. Franken, auf die Gastronomie 8,13 Mio. Franken und auf Infrastrukturleistungen 0,83 Mio. Franken. Der Betriebsaufwand belief sich auf 12,18 Mio. Franken. Die Schwebebahn auf den Säntis benutzten im Berichtsjahr insgesamt 393 800 Gäste, das sind rund 26 000 Gäste mehr als im Vorjahr. – Die am Vortag des 1. August entrollte grösste Schweizerfahne der Welt löste über die Schweiz hinaus ein grosses Echo aus und war beste Imagewerbung für die Säntis-Schwebebahn. Die Fahne soll an jedem 1. August vom Säntis grüssen.

Dies und Das

Verschiedenes. Im Zusammenhang mit dem Besitzerwechsel der Appenzeller Medienhaus AG hat sich der Appenzeller Verlag unter der Führung von Marcel Steiner selbständig gemacht. Das Verlagshaus, welches neben Büchern auch das Appenzeller Magazin und verschiedene Kalender herausgibt, hat seinen Sitz neu in Schwellbrunn. – Ein grosser Publikumsmagnet war Anfang Jahr in Urnäsch die von der Appenzeller Zeitung lancierte Chlausenhauben-Ausstellung. Zu bestaunen gab es Hauben und Hüte von 24 noch aktiven schönen Chlausenschuppeln. – Anlässlich der zur Tradition gewordenen Kulturlandsgemeinde wurde die Stiftung «Erbprozent Kultur» gegründet, welche nationale Beachtung fand. Die Stiftung ruft Menschen dazu auf, ein Prozent des persönlichen Erbes für kulturelle Zwecke zu spenden. – Der Urnächer Schauspieler Philipp Langeneg-

ger hat als Hauptmann Chläppere Sepp die Tradition der Narregmend weitergeführt, die zuvor schon von Sämi Büechi während vieler Jahre am Leben gehalten wurde. Mit von der Partie waren auch der Hackbrettbauer Werner Alder und die Musikerin Maya Stieger.

Personen. Der Ausserrhoder Jagdverwalter Willi Moesch ist nach 27 Jahren altershalber von seiner Funktion zurücktreten. Die Schaffung einer Wildruhezzone im Hinterland und der Bau des Jagd- und Polizeischiessplatzes in Schwellbrunn fielen in seine Amtszeit. Seine Nachfolge hat Oberförster Heinz Nigg übernommen. – Seit Anfang Juli ist Graziosa Gairing im Rang eines Oberleutnants Chefin der Kriminalpolizei von Appenzell Ausserrhoden. Sie ist damit Nachfolgerin von Philipp Koch, der das Korps der Kantonspolizei wegen einer berufli-

chen Neuorientierung verlassen hat. – Der Teufner Karl Wyler ist als Ausserrhoder Sportförderer 2015 geehrt worden. Karl Wyler amtiert seit Jahren als Hauptleiter der Leichtathletik-Abteilung des Turnvereins Teufen. Im Rahmen der Ehrung des Sportförderers durften auch 32 Sportlerinnen und Sportler sowie neun Teams eine Auszeichnung für insgesamt 88 erreichte Podestplätze entgegennehmen. – Auf Ende Jahr ist Edgar Bischof, Teufen, als Präsident der SVP von Appenzell Ausserrhoden zurückgetreten. Er zog damit nach 15 Jahren an der Spitze der SVP die Konsequenzen aus seiner Nichtnominierung zum Nationalratskandidaten. – Die Leserinnen und Leser der Appenzeller Zeitung haben den Unternehmer Alfred Grossauer, Heiden, als Appenzeller des Jahres 2015 gewählt. Er hat das Hotel- und Restaurantprojekt Fernsicht in Heiden realisiert und finanziert.